

Unterrichtung der Einwohner

über die Sitzung des Ortsgemeinderates Longuich am 30.10.2025

Unter dem Vorsitz von Ortsbürgermeister Kevin Lieser und in Anwesenheit von Schriftführerin Esther Sältzer findet am 30.10.2025 im Hotel "Zur Linde", Cerisiersstraße 10 in Longuich eine Sitzung des Ortsgemeinderates Longuich statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ortsgemeinderat auf Antrag des Vorsitzenden einstimmig, diese um TOP 10 „Sanierung Tränkgasse mit dem Heißasphaltverfahren“ zu erweitern. Ebenso wird einstimmig beschlossen, TOP 8 „Antrag FWG-Fraktion; Entschärfung Gefahrensituation Bereich Einmündung L145 in den Kreisverkehr“ vorzuziehen und als neuen TOP 3 zu behandeln.

In dieser Sitzung werden folgende Beschlüsse gefasst:

öffentlich

1. Mitteilungen

Seniorenfahrt

Am Freitag, den 10.10.2025 fand unsere diesjährige Seniorenfahrt statt. Mit 68 Teilnehmern konnten wir die Stadt Echternach besichtigen. Die Resonanz der Senioren war sehr gut.

FSC-Audit

Am 15.10.2025 fand ein externes FSC-Audit im Longuicher Wald statt. Der Wald in Longuich hat das Audit als einer der wenigen ohne Mängel bestanden. Das Audit im Wald und auch die Gespräche mit dem Auditor waren sehr aufschlussreich. Hier auch nochmal von meiner Seite ein großes Dankeschön an unseren Revierförster Julian Thiebes für die tolle Arbeit im Wald.

Waldbegehung

Am 19.10.2025 fand unsere diesjährige Waldbegehung mit dem Revierförster Julian Thiebes statt. Über 20 interessierte Bürgerinnen und Bürger haben an der Veranstaltung teilgenommen.

Machbarkeitsstudie Knotenpunkt L145

Das Startgespräch der Machbarkeitsstudie fand am 21.10.2025 statt. Das Büro Kocks Ingenieure will bis zum Ende des Jahres die Studie fertig gestellt haben. Anfang 2026 können die Ergebnisse vorgestellt werden.

Bauarbeiten Römische Villa

Die Baumaßnahmen an der Römischen Villa konnten fertig gestellt werden. Im weiteren Verlauf werden jetzt noch die Bänke, das Picknickpodest und die Schaukel gestellt.

Sanierung Auf-/Abfahrt Autobahn

Der LBM hat sich der Autobahn bei der Sanierung der Deckschicht der Autobahnauf- und -abfahrt angehangen. Es wird ab Montag, dem 03.11. bis zum 16.11.2025 nicht möglich sein,

in Longuich auf die Autobahn zu fahren. Das Industriegebiet kann aus Richtung Riol/Fell angefahren werden. Eine Umleitung ist über die Weinstraße ausgeschildert.

Termine

08.11.2025 Bauausschuss

18.11.2025 Haupt- und Finanzausschuss

05.12.2025 Ortsgemeinderatssitzung und Weihnachtsfeier

2. Bericht Tourist-Information über das Jahr 2025

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Frau Wisser und Frau Folz.

Zunächst stellen die beiden Mitarbeiterinnen der Tourist Information sich kurz vor und schildern ihren Werdegang. Danach informieren sie den Rat über die Aufgaben, die sie bei der Tourist Information wahrnehmen. Hierzu gehören u. a.:

- Informationen zu bzw. Vermittlung von Zimmervermietungen
- Pflege des eigenen Buchungssystems „Deskline“ (für Zimmer/Gastro)
- Ausgabe von Prospektmaterial
- Erteilen von Auskünften zu Busverbindungen
- Führen des Veranstaltungskalenders
- Verkaufsstelle für Ticket Regional
- Pflege der Homepage (hier betonen beide, dass sie für Input und Feedback dankbar sind)
- Fundbüro
- Ausgabestelle für Gelbe Säcke
- Anlaufstelle für alle Probleme, nicht nur für Touristen, sondern auch für Einheimische und frisch Zugezogene

Radfahren sei ein großes Thema und auch sehr attraktiv, aber genauso sei Wandern inzwischen zu einem sehr großen Thema geworden, zu dem es viele Anfragen gebe.

Die Vermietung von Zimmern laufe heutzutage hauptsächlich über die größeren Online-Buchungsportale wie z. B. Booking.com. Ein paarmal pro Saison kämen aber z. B. auch kurzfristige Anfragen von Radtouristen, die nicht im Voraus gebucht haben.

Auf Nachfrage aus dem Rat geben sie die Auskunft, dass es keine genauen statistischen Daten gebe, wie viele Buchungen von Zimmern etc. es pro Jahr gibt. Hierfür müssten die Betriebe alle einzeln abtelefoniert werden, was einen großen Verwaltungsaufwand bedeuten würde. Gefühlt seien die Zahlen aber wieder auf das Niveau von vor der Corona-Pandemie gestiegen. Während der Pandemie habe außerdem ein starker Wandel stattgefunden, z. B. habe sich die Hauptsaison von September/Oktobre auf Juli/August verschoben. Generell könne man sagen, dass in der Zeit von Mai bis Oktober „immer etwas los“ sei, in der Hauptsaison sei kein Zimmer mehr zu finden. Inzwischen würden aber allgemein auch weniger Zimmer angeboten als früher.

Es würden regelmäßige Treffen mit anderen Tourist Informationen stattfinden, auf denen man sich untereinander austauschen kann.

Im Vorfeld zu TOP 6 der Tagesordnung werden Frau Wisser und Frau Folz auf die Situation der schlechten IT-Infrastruktur angesprochen. Beide bestätigen, dass das Problem schwerwiegend sei und sich in den letzten Wochen noch verstärkt habe. Oft gäbe es tagelang keine Internetverbindung und meist ginge auch das Telefon nicht, was dazu führt, dass die Tourist Information nicht erreichbar ist. Wenn eine Internetverbindung da ist, sei diese sehr langsam.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende bei Frau Wisser und Frau Folz für Ihr Kommen sowie die gute Arbeit und überreicht beiden ein Präsent.

3. Antrag FWG-Fraktion; Entschärfung Gefahrensituation Bereich Einmündung L145 in den Kreisverkehr

FWG-Fraktionssprecher Paul-Heinz Zeltinger verliest den Antrag:

„Sehr geehrter Herr Ortsbürgermeister Lieser,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

wir alle kennen die Problematik beim Überqueren der L 145 in Höhe des Mitfahrerparkplatzes.

Für Personen, die aus der Ortslage auf die gegenüberliegende Seite gehen möchten, ist die Stelle aufgrund des Straßenverlaufs der L 145 und der eingeschränkten Sichtmöglichkeit ungeachtet der Überquerungshilfe sehr gefährlich.

Situation für die Fußgänger:

Die aus Richtung Longuich/Riol kommenden Fahrzeuge sind spät und in der Regel erst nach Betreten der Fahrbahn zu erfassen. Die Geschwindigkeit der Fahrzeuge erscheint Fußgängern oft (zu) hoch.

Situation für Kraftfahrzeuge:

Die Situation der Fußgängerquerung ist insbesondere für ortsunkundige Kraftfahrer sehr schlecht einzuschätzen.

Es wird erst kurz vor der Querung mittels des Verkehrszeichens VZ 133-10 auf die Situation hingewiesen.

Der Blick der in den Kreisverkehr einfahrenden Fahrzeuge richtet sich auf die Situation im Kreisverkehr. Die Wahrnehmung eventueller Fußgänger von rechts ist nachrangig und dadurch gefährlich. Wenn der Kreisverkehr frei ist, beschleunigen die Fahrzeuge genau im Bereich der Überquerung.

Die FWG-Fraktion bittet die Verwaltung, gemeinsam mit dem LBM eine Lösung herbeizuführen, die an dieser Gefahrenstelle allen Personen, vor allem aber Kindern, älteren Menschen und mobilitätseingeschränkten Mitbürgern ein möglichst gefahrloses Überqueren der L 145 ermöglicht. Dies insbesondere auch, da sich in den Kreuzfeldern Wohnbebauung, Einzelhandel, Mitfahrerparkplatz und Bushaltestelle befinden.

Ob eine Verbesserung der Situation über deutlichere Markierungen, weitere Beschilderungen oder Warnanlagen herbeigeführt werden kann, sollte aus unserer Sicht in einem Ortstermin mit allen Verantwortlichen – z.B. im Rahmen einer Bauausschusssitzung – erörtert werden.“

Der Vorsitzende macht hierzu folgende Ausführungen:

Die Problematik werde auch Thema auf der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 08.11.2025 sein.

Herr Kuhn vom LBM habe bestätigt, dass das aktuelle Sichtdreieck unzureichend sei. Der LBM befürworte außerdem einen Grundstücksankauf von Seiten des Landes, um das Sichtdreieck zu vergrößern und so die Situation zu verbessern. Dies sei laut Herrn Kuhn die beste Lösung. Um das Sichtdreieck ausreichend zu vergrößern, müsste lediglich eine Hecke um ca. 75 cm versetzt werden.

SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer teilt mit, dass seine Partei auch schon eine Verbesserung dieser Situation angeregt habe. Der Vorschlag des LBM sei eine gute Idee und werde unterstützt.

CDU-Fraktionssprecher Markus Thul schließt sich an, auch er halte den Vorschlag des LBM für die beste Idee. Er regt zudem eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h an. Dies sei zuvor bereits abgelehnt worden, solle aber dennoch erneut mit eingebracht werden. Hierzu berichtet Ratsmitglied Susanne Bläsius von Erfahrungen aus Frankreich, wo in vergleichbaren Situationen eine Geschwindigkeitsbegrenzung sehr gut funktioniere.

Ratsmitglied Andrea Schmitz schlägt außerdem ein Piktogramm auf der Straße vor, das evtl. besser wahrgenommen würde als das vorhandene Schild.

Insgesamt sind die Ratsmitglieder sich einig, dass der Vorschlag des LBM bezüglich des Grundstücksankaufs eine gute Idee ist.

Beschluss: Das Thema soll in der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 08.11.2025 angesprochen werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig
Ja-Stimmen: 15

4. Erweiterung Grundschule Longuich; Information

In der Sitzung des Verbandsgemeinderates am 04.09.2025 wurde über den aktuellen Sachstand der geplanten Schulbaumaßnahme informiert. Im weiteren Verlauf fanden am 24.09.2025 ein gemeinsamer Ortstermin mit der Schulleitung sowie dem Ortsbürgermeister Herrn Lieser zur Klärung möglicher Ausweichquartiere und am 25.09.2025 ein weiteres Gespräch mit den beauftragten Planungsbüros statt. In einer Sitzung verschiedener Ausschüsse der VG am 23.10.2025 stellt Herr Architekt Kirchner den aktuellen Planungsstand vor. Dabei wurden unter anderem verschiedene Fassadenvarianten mit den zugehörigen Kosten, Ansichten und Grundrisspläne sowie die geplante Zeitschiene präsentiert.

Die Planer befinden sich bereits in Abstimmung mit der Unfallkasse, der Denkmalpflegebehörde, dem Brandschutzreferat der Kreisverwaltung sowie dem Behindertenbeauftragten. Die weitere zeitliche Planung sieht vor, dass die Leistungsphase 2 bis zum 07.11.2025 abgeschlossen und anschließend durch die Bauabteilung der Verbandsgemeinde abgenommen wird. Die Leistungsphase 3 soll bis zum 19.12.2025 eingereicht und ebenfalls durch die Bauabteilung fachlich geprüft werden. Rückmeldungen des Bauherrn zur Leistungsphase 3 sind bis zum 16.01.2026 vorgesehen, die Überarbeitung erfolgt bis zum 23.01.2026. Die Vorstellung der Planung inklusive Kosten in den Gremien der Verbandsgemeinde ist bis zum 30.01.2026 geplant.

Die Erstellung der Bauantragsunterlagen und die Einreichung des Bauantrags sollen bis zum 14.02.2026 erfolgen. Die Genehmigungsdauer wird mit etwa sechs bis acht Monaten veranschlagt. Parallel dazu erfolgt die Antragstellung auf Schulbauförderung sowie ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn durch den Schulträger. Erst nach Erteilung der erforderlichen Genehmigungen kann die Ausschreibung der Gewerke erfolgen. Der Baubeginn ist derzeit für Januar 2027 vorgesehen, die Ausführungsdauer beträgt voraussichtlich zwölf Monate. Die Fertigstellung der Maßnahme wird demnach für Dezember 2027 angestrebt.

Der Vorsitzende gibt folgende weitere Informationen:

Auf der Sitzung des VG-Rates wurden zwei Varianten vorgestellt, davon wird Variante 1 (Holzbauoptik) bevorzugt. Die vorhandene Kunst am Bau soll dabei in die neue Fassade übernommen werden.

Es seien weitere Treffen mit der Schulleitung geplant, um die 3. Bauphase zu besprechen. Was die grobe Planung betrifft, habe sich der Baubeginn von zunächst Juli 2026 nun auf Dezember 2026 verschoben. Der Vorsitzende hat bereits angeregt, dass z. B. die Tiefbauarbeiten bereits in den Sommerferien 2026 stattfinden sollten, um den Schulbetrieb nicht noch weiter zu beeinträchtigen.

Am heutigen Morgen habe ein Treffen mit der ADD und dem Veterinäramt stattgefunden, um die Problematik bezüglich der Räumlichkeiten zu besprechen. Dabei haben sich zwei Varianten herauskristallisiert: Essen auf der Bühne und Klassenraum im Foyer oder Essen im DGH.

Eine weitere Möglichkeit wäre, dass Schüler nach Fell gingen, da dort ein freier Raum zur Verfügung stünde. Dies halte der Vorsitzende aber für die ungünstigste Variante. Die Ratsmitglieder stimmen dem zu.

Ratsmitglied Susanne Bläsius regt an, dass eine Ausnahmegenehmigung gestellt werden solle, die Klassengröße um ein Kind anzuheben. In einer Klasse gebe es 26 Kinder, die Grenze liege aber bei 25.

Ratsmitglied Kathrin Schlöder gibt zu bedenken, dass das Dorfleben nicht beeinträchtigt werden dürfe, z. B. im Hinblick auf Veranstaltungen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Gerd Krewer schlägt vor, dass ggf. auch auf die Feuerwehr, den Schulungsraum ausgewichen werden könne und ein Ausweichen nach Fell keine akzeptable Lösung darstelle. Hier seien die Wege relativ kurz.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass in jedem Fall die Rettungswege sichergestellt sein müssen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Markus Thul merkt noch einmal an, dass das Ausweichen auf Fell auf jeden Fall vermieden werden solle.

Nach der Beschlussfassung spricht FWG-Fraktionsvorsitzender Paul-Heinz Zeltinger die geplante Entsiegelung an der Grundschule an:

„Am 05. November findet in Kenn eine öffentliche Sitzung des Schulträgersausschusses der VG statt. Einer der TOPs betrifft die eventuelle Entsiegelungsmaßnahme „Grüner Schulhof“ im Rahmen der Erweiterung der GS Longuich. Dem liegt das Förderprogramm „natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ zugrunde.

In unserer Fraktionssitzung haben wir diese angedachte Entsiegelungsmaßnahme ausführlich diskutiert und eine klare Meinung hierzu gefasst.

Unseres Erachtens sollte sich die Ortsgemeinde diesbzgl. möglichst bald mit der VG ins Benehmen setzen.“

Der Vorsitzende merkt hierzu an, dass er bereits mit der Bauabteilung gesprochen habe. Dort solle geprüft werden, ob eine weitere Entsiegelung im Hinblick auf den Schulbetrieb tatsächlich etwas bringen würde. Heute Morgen habe er erfahren, dass das Entsinnen sei, von einer Entsiegelung wegzukommen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Gerd Krewer weist darauf hin, dass man z. B. für Ballspiele zwingend eine befestigte Fläche bräuchte.

Ratsmitglied Kathrin Schlöder erinnert daran, dass es in der Vergangenheit bereits entsprechende Pläne gab. Damals sei man nach Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, dass der finanzielle Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen stehe. Zudem sei eine große befestigte Fläche für die Kinder sehr von Vorteil.

Beschluss: Der Ortsgemeinderat empfiehlt nach der Vorstellung der aktuell geplanten Varianten (Nutzung Foyer und Bühne) dem Schulträger die Beantragung einer Ausnahme genehmigung für eine Klasse größer als 26 Kinder oder die Prüfung der Auslagerung eines Klassenraumes ins Erdgeschoss des Dorfgemeinschaftshauses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ja-Stimmen: 14 Enthaltungen: 1

5. Planfeststellungsbeschluss für den Ersatzneubau der Moselbrücke Schweich, Entscheidung über Rechtsmittel

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat mit Urteil vom 01. Oktober 2025 die zulässige Klage der Verbandsgemeinde Schweich, der Stadt Schweich und der Ortsgemeinde Longuich abgewiesen, mit dem Ergebnis, dass es keinen zweiten Radweg für die neue Moselbrücke in Schweich geben wird.

Die zugehörige Pressemitteilung des OVG, das Urteil im Volltext und das Protokoll über die öffentliche Sitzung sind als Anlage beigelegt.

Das OVG hat die Revision nicht zugelassen. Es besteht somit lediglich die Möglichkeit, das Rechtsmittel der Nichtzulassungsbeschwerde bis zum 13.11.2025 einzureichen.

Nach § 132 Abs. 2 VwGO ist die Revision nur zuzulassen, wenn

1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat,
2. das Urteil von einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder
3. ein Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt, auf dem die Entscheidung beruhen kann.

Die Zulassungsgründe Ziffer 2 und 3 liegen unstreitig nicht vor. Auch ein Zulassungsgrund nach Ziffer 1 liegt erkennbar nicht vor, hier wäre allenfalls als einziger, vager Ansatzpunkt die Thematik des Klimaschutzgesetzes Rheinland-Pfalz darstellbar, welches ausweislich des Urteils nach Auffassung des Gerichts keine Bedeutung für die Kommunen beinhaltet. Dies dürfte für die Hürde der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache aller Voraussicht nach nicht hinreichend sein.

Im Ergebnis liegen die vorgenannten Zulassungsgründe nicht vor, so dass keine Aussicht auf Erfolg in Bezug auf eine Nichtzulassungsbeschwerde gesehen wird.

Der Ältestenrat der Verbandsgemeinde Schweich hat in seiner Sitzung am 20.10.2025 entschieden, auf die Einlegung des Rechtsmittels der Nichtzulassungsbeschwerde zu verzichten.

CDU-Fraktionssprecher Markus Thul sagt, es gebe keine gegenteilige Meinung gegenüber dem Beschlussvorschlag. Das Verfahren sei zwar in wichtigen Punkten zu kritisieren, aber ein weiterer Aufschub sei nicht sachdienlich.

SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer schließt sich dieser Meinung an. Weitere Rechtsmittel einzulegen habe wenig Sinn, da das Gericht lediglich das Verfahren prüfe, nicht aber die

Planung an sich. Das Verfahren sei offensichtlich fehlerfrei gewesen, so dass weitere Rechtsmittel keinen Sinn machten.

Auch Fraktionssprecher Paul-Heinz Zeltinger bestätigt die Meinung, dass auf das Einlegen weiterer Rechtsmittel verzichten solle.

Beschluss: Nach Erörterung der Sach- und Rechtslage wird auf die Einlegung des Rechtsmittels der Nichtzulassungsbeschwerde verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja-Stimmen: 14

6. Auftragsvergabe; IT-Infrastruktur Alte Schule

Die bestehende IT-Infrastruktur im Dorfgemeinschaftshaus sowie im dahinterliegenden Gebäude der alten Schule ist derzeit nicht funktionsfähig bzw. stark eingeschränkt nutzbar. Im Gebäude Laurentiusstraße 1 wird das Datensignal über veraltete Telefonleitungen übertragen, während im Dorfgemeinschaftshaus die Datenkommunikation über bestehende Stromleitungen erfolgt. Diese technischen Gegebenheiten führen regelmäßig zu Ausfällen der Internetverbindung in der Tourist Information. Auch das angeschlossene Freifunknetz ist häufig gestört oder vollständig abgeschaltet.

Um diesen Missstand zu beheben, wurde ein neues Konzept zur Erneuerung und Modernisierung der IT-Infrastruktur entwickelt. Ziel ist es, beide Gebäude mit einer leistungsfähigen und zukunftssicheren Netzwerktechnik auszustatten. Die geplanten Maßnahmen umfassen die vollständige Erneuerung der Datenleitungen und die Einrichtung einer stabilen und zuverlässigen Internetversorgung.

Die hierfür veranschlagten Kosten sind einmalig. Mit Umsetzung der neuen Infrastruktur wird eine nachhaltige Verbesserung der digitalen Anbindung beider Gebäude erreicht, insbesondere für die Nutzung durch die Tourist Information, bei Veranstaltungen im DGH und das Freifunknetz.

Dafür sollen folgende Bauteile angeschafft werden:

1x UbiQuiti Kontrollsystem UniFi Cloud Key Gen2, UCK-G2	145,00 €
7x UbiQuiti Access-Point UniFi 7 Lite	720,00 €
2x UbiQuiti Switch UniFi Lite 16 PoE, USW-Lite-16-PoE	415,00 €
Gesamt	1.280,00 €

Es liegt ein Angebot der Firma Elektro Klassen für das Verlegen neuer Datenleitungen vor, das sich auf 4.721,56 € brutto beläuft. Bei den Arbeiten werden keine größeren Schäden am Mauerwerk entstehen.

Beschluss: Die Firma Elektro Klassen soll beauftragt werden, die Datenleitungen zu verlegen, die Verwaltung wird damit beauftragt, die benötigten Netzwerkkomponenten zu beschaffen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja-Stimmen: 14

7. KiTa St. Laurentius; Auftragsvergabe Austausch Rauchwarnmelder

Die Rauchwarnmelder haben in der Vergangenheit immer wieder zu Fehlalarmen in der KiTa geführt. Grund dafür ist das Alter der Rauchwarnmelder. Die Melder wurden 2018 installiert und sporadisch ausgetauscht, wenn ein Melder defekt war. Daher kommen aktuell nach und nach Fehlermeldungen der Rauchwarnmelder, welche aufgrund der schwachen Batterie zurück zu führen sind. Dadurch, dass die Rauchwarnmelder funkvernetzt sind und ständig den Kontakt zu den anderen Rauchmeldern suchen, wird die Lebensdauer der festverbauten Batterie von 10 Jahren deutlich unterschritten.

Damit die Anlage technisch wieder auf einem Stand ist, sollen alle Rauchwarnmelder ausgetauscht werden. Der Ortsgemeinde liegen zwei Angebote für den Austausch vor. Die Angebote liegen bei 5.038,36 € und 6.432,31 € brutto.

Ratsmitglied Sebastian Krewer fragt, ob es nicht sinnvoller sei, Geräte anzuschaffen, bei denen die Batterien ausgetauscht werden können. Der Vorsitzende sagt hierzu, dass dies in öffentlichen Gebäuden nicht zulässig sei.

Weiterhin regt Herr Krewer an, beim nächsten Mal ggf. zu prüfen, ob eine kabelgebundene Brandmeldeanlage nicht die wirtschaftlichere Variante sei. Hierzu merkt der Vorsitzende an, dass der Aufwand, der hierfür nötig wäre, momentan zu groß sei. Man könne aber evtl. darauf zurückkommen, wenn die nächste Deckensanierung anstehe.

Beschluss: Der Ortsgemeinderat beschließt, den Auftrag über den Austausch der Rauchmelder an die mindestbietenden Firma Harz Brandschutz, Bitburg, zum Bruttoangebotspreis

i. H. v. 5.038,36 € zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja-Stimmen: 14

8. Neuverpachtung des Gartengrundstücks im Moselvorland "Maiwiese"

Die aktuelle Pächterin des oben genannten Teilgrundstücks beendete ihr Pachtverhältnis fristgerecht zum 31.12.2025. Somit steht das Gartengrundstück auf der Gemarkung Longuich, Flur 3 Nr. 29/1 mit einer Größe von 200 m² ab dem 01.01.2026 wieder frei zur Verfügung.

Die Neuverpachtung des Gartens ist ab dem 01.01.2026 geplant, der Pachtpreis beträgt 100,00 € pro Jahr.

Die Bewerber haben die Möglichkeit, innerhalb von vier Wochen (vom 14.11.2025 bis zum 05.12.2025) ihr Interesse zu bekunden. Bei mehreren Interessenten erfolgt die Vergabe wie in der Vergangenheit per Losentscheid.

Nach der Entscheidung über die Vergabe werden alle Bewerber durch die Verwaltung informiert.

Beschluss: Die Ortsgemeinde Longuich beschließt die Neuverpachtung des Gartens zu einem jährlichen Pachtpreis von 100,00 €

Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Anbietung gemäß der vorliegenden Vorlage öffentlich auszuschreiben und im Anschluss die Bewerber entsprechend zu informieren.

Bei mehreren Bewerbungen soll die Auswahl des neuen Pächters mittels Losentscheides getroffen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja-Stimmen: 14

9. Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

Die Einwerbung und die Entgegennahme des Angebots einer Zuwendung obliegen ausschließlich dem Ortsbürgermeister sowie den Beigeordneten. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet der Ortsgemeinderat. Bis zum 20.10.2025 hat die Ortsgemeinde für folgende Projekte Zuwendungen erhalten:

Datum	Zuwendungsgeber	Anschrift	Betrag	Zuwendungszweck
26.09.2025	Estrich Schlag GmbH	54343 Föhren	150,00 €	Geldspende: Longuicher Weinstraßenkirmes 2025

Die Annahme der Zuwendung ist vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kreisverwaltung Trier-Saarburg als Aufsichtsbehörde zu beschließen.

Beschluss: Der Gemeinderat Longuich beschließt die Annahme der vorgenannten Zuwendung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja-Stimmen: 14

10. Sanierung Tränkgasse mit dem Heißasphaltverfahren

Die Straße „Tränkgasse“ befindet sich in einem schlechten Zustand.

Schäden sind deutlich sichtbar und verschlimmern sich noch weiterhin wenn der jetzige Zustand weiterhin so bestehen bleibt.

Die Firma MS Schmitt GmbH hat in diesem Jahr sowie in vergangenen Jahren in der VG Schweich diverser Risse- und Fugensanierungen durchgeführt.

Im Folgenden die Informationen zum Heißasphaltverfahren:

ASPA Repflex ist eine heiß zu verarbeitende, selbstverdichtende, mastixähnliche Sanierungsmasse für die Reparatur und Instandsetzung von Schäden im Asphalt. Risse, Netzrisse, Ausmagerungen, Deckenabplatzungen und Schlaglöcher, sowie mechanische Schäden im Asphalt können mit ASPA Repflex unkompliziert saniert werden. Ein Fräsen der zu sanierenden Flächen ist nicht nötig.

Durch seine Kombination aus einem polymermodifiziertem Spezialbindemittel und Mineralstoffen bietet ASPA Repflex eine optimale Wiederherstellung der Oberfläche.

Die Zusammensetzung der Mineralstoffe bietet eine sehr gute Griffigkeit der Oberfläche.

Eine Gewährleistung wird mit einem Jahr auf das eingebaut Material gegeben.

Die überlappten Linien des Balkenschuhs verfahren sich nach der Zeit laut der Firma MS Schmitt.

Bislang wurde innerhalb der VG Schweich noch keine Heiasphaltsanierung durchgeführt. Die Firma MS Schmitt hat zum Heißasphaltverfahren ein Angebot in Höhe von 6.239,62 €* erstellt. *(Nach örtlichen Gegebenheiten, Abrechnung nach tatsächlich eingebrachter Materialmengen)

Eine Sanierung vor einem geplanten Ausbau würde die Lebenszeit der Straße noch weiterhin verlängern. Dies könnte noch diesem Jahr durchgeführt werden nach Auskunft der Firma MS Schmitt.

Der Vorsitzende trägt folgendes vor:

Insgesamt wurden in drei Straßen der OG Longuich Schäden festgestellt, die behoben werden müssen. Die Schäden in der Trnggasse seien aber am größten. Das angestrebte Heißasphaltverfahren sei laut der Firma MS Schmitt am besten geeignet für diese Art von Schäden und auch Herr Wallus von der VG halte dieses Verfahren für das sinnvollste. Es handle sich um ein Prototypverfahren, da es in der VG Schweich bislang noch nicht angewendet wurde. Man solle dem Verfahren aber eine Chance geben und hier Vorreiter sein.

Ratsmitglied Jürgen Hansjosten wirft die Frage auf, ob es günstiger wäre, die Straße abzufren und zu teeren. Wie sehe hier der Kostenvergleich aus? Der Vorsitzende merkt hierzu an, dass das Verfahren abfren/teeren im vorliegenden Fall nicht anwendbar sei.

Zudem merkt Herr Hansjosten an, dass das Angebot recht teuer erscheine, wenn man es auf die Quadratmeter herunterrechne. Hierauf erläutert der Vorsitzende nochmals die Vorteile des Verfahrens, die den Preis rechtfertigten.

Ratsmitglied Sebastian Krewer fragt, wie belastbar die Straße nach Anwendung des Heiasphaltverfahrens sei. Laut der Auskunft, die der Vorsitzende erhalten hat, könne die Straße danach auch mit Lkw befahren werden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Markus Thul merkt an, dass sowohl Fläche als auch Summe überschaubar seien und man das Verfahren daher in der Trnggasse testen sollte, um so Erfahrungswerte zu sammeln. Der Zustand der Straße dulde außerdem keinen Aufschub.

Der Vorsitzende führt noch aus, dass die Paulinusstrae und die Laurentiusstrae zwar auch jetzt schon mit dem Verfahren saniert werden könnten, man es aber zunächst in der Trnggasse testen sollte.

Beschluss: Der Ortsgemeinderat Longuich beschließt das Angebot der Firma MS Schmitt GmbH in Höhe von 6.239,62 € anzunehmen und diese mit der Sanierung mittels des Heiasphaltverfahrens zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja-Stimmen: 14

11. Verschiedenes

Schäden Longuicher Brücke

Ratsmitglied Andrea Schmitz fragt nach dem Sachstand. Der Vorsitzende erklärt, welche Arbeiten ausgeführt werden müssen und dass die Ausführung seiner Einschätzung nach voraussichtlich erst im Frühjahr stattfinden wird.

Beschädigte Straßenlaterne

Ratsmitglied Susanne Bläsius erkundigt sich bezüglich der abgeknickten Straßenlaterne an der alten Burg. Laut dem Vorsitzenden wisse die Verwaltung Bescheid, auch die Firma Westnetz sei bereits informiert und die Kosten würden vom Verursacher getragen werden.

Sanierung Auf-/Abfahrt Autobahn

Ratsmitglied Georg Schmitt kommt zurück auf Top 1, Nr. 6 und hakt nach, wie genau die Umleitung aussehen werde und ob man mit Staus in der Ortsdurchfahrt rechnen müsse. Der Vorsitzende geht noch einmal genau auf die Umleitungspläne ein und merkt an, dass laut seinen Informationen die Umleitung durch Kirsch kontrolliert werden soll, nachdem es hier beim letzten Mal zu Problemen kam. Zudem werde insgesamt mit weniger Verkehr als beim letzten Mal zu rechnen sein, da dieses Mal der Autobahnverkehr wegfalle. Die Dauer der Umleitung soll laut Planung 2 Wochen betragen.

Lärmbelästigung Mehrzweckhalle

FWG-Fraktionsvorsitzender Paul-Heinz-Zeltinger verliest folgende Stellungnahme: „Da die seit Langem im Foyer der Mehrzweckhalle bestehende Lärmbelästigung durch einen hohen Geräuschpegel und starken Nachhall mit daraus resultierender Beeinträchtigung von Aufenthaltsqualität und Verständigung wiederholt Anlass zu Beschwerden gab und gibt, hatte die FWG-Fraktion einen Antrag auf Verbesserung des Schallschutzes im Foyer geplant und dies in der letzten Sitzung angekündigt.

Wir haben erfahren, dass die Verbandsgemeinde als Schulträger sich um einen effektiven Schallschutz im Foyer kümmern wird bzw. muss, da das Foyer ab dem Schuljahr 2026/2027 als Ersatz für einen fehlenden Klassenraum genutzt werden soll, bis der Erweiterungsanbau der Grundschule fertiggestellt ist.

Die FWG-Fraktion hat daher auf die vorgesehene Antragstellung verzichtet, bittet aber die Verwaltung, in Abstimmung mit der Verbandsgemeinde geeignete Schallschutzmaßnahmen möglichst zeitnah und nicht erst zu Beginn des nächsten Schuljahres umzusetzen, da das Foyer auch für außerschulische Zwecke und Veranstaltungen der Ortsvereine genutzt wird, wobei ein wirksamer Schallschutz die Atmosphäre erheblich verbessert und die Attraktivität der Räumlichkeit steigert.“

Hierzu berichtet der Vorsitzende, am heutigen Morgen sei besprochen worden, dass die Arbeiten ausgeführt werden sollen, wenn klar ist, dass tatsächlich ein neuer Klassenraum entsteht. Ein starkes Problem hierbei sei die große Glasfront. Die Anbringung eines Vorhanges sei aus Brandschutzgründen schwer umsetzbar. Es könnten zwar Schallschutzelemente angebracht werden, aber auch das wäre in der Praxis wenig sinnvoll.

CDU-Fraktionsvorsitzender Markus Thul sagt, man solle abwarten, wie es mit dem Klassenraum weitergehe.

SPD-Fraktionsvorsitzender Gerd Krewer stimmt seinem Vorredner zu und merkt zudem an, dass es Sache der Verbandsgemeindeverwaltung sei, die Angelegenheit zu prüfen.

Der Vorsitzende schlägt vor, zunächst abzuwarten, wie die Verwaltung entscheidet.

Barrierefreie Bushaltestellen

Ratsmitglied Sebastian Krewer erkundigt sich nach dem Sachstand. Der Vorsitzende informiert darüber, dass er heute eine Rückmeldung der Autobahn GmbH erhalten habe. Die Ausführung der Arbeiten solle in den Osterferien 2026 stattfinden, die Dauer sei mit 2-3 Wochen geplant. Die Bushaltestelle in Kirsch wäre als erstes dran. Die genannte Frist sei für Zuschüsse unschädlich.

12. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

entfällt